

Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983*

Von Hans Rattinger

1. Einleitung

Die Annahme, daß in modernen demokratischen Gesellschaften die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage wichtige Bestimmungsfaktoren politischer Einstellungen und Verhaltensweisen sind, ist sehr weit verbreitet. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten gehen gleichermaßen von dieser Annahme aus, wenn sie Verluste und Gewinne politischer Eliten bei Wahlen und bei Umfragen nach ihrer Popularität interpretieren. Viele Politiker machen diese Annahme zur Grundlage ihres Handelns, wenn sie davon ausgehen, daß Erfolge oder Mißerfolge der staatlichen Wirtschaftspolitik — was immer als Erfolg definiert sein mag — der Schlüssel zum Erhalt der Macht oder zum Gewinn der Macht sind. Politikwissenschaftler und Ökonomen sind der Vorstellung nachgegangen, daß es für die Erklärung der Entwicklung der Wirtschaft über die Zeit hinweg unerlässlich ist, in makroökonomische Modelle wirtschaftspolitische Interventionen des Staates zu „endogenisieren“, die in der Absicht erfolgen, die politische Unterstützung für die Amtsinhaber zu steigern (B. S. Frey/Schneider 1982).

Die Bundesrepublik befindet sich derzeit in der schwersten ökonomischen Krise nach den ersten Nachkriegsjahren. Es gibt kaum reales Wirtschaftswachstum, das reale Einkommen pro Kopf sinkt, die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich zwischen zwei und zweieinhalb Millionen. Zu behaupten, daß diese Situation besonders gut geeignet sei, um die Gültigkeit dieser allgemeinen Annahme empirisch zu untersuchen, enthält implizit eine Hypothese der „asymmetrischen Reaktion“: „Schlechte Zeiten“ schaden politisch irgendjemandem, aber dieselben Eliten können nicht notwendigerweise von „guten Zeiten“ profitieren. Auch dies ist eine sehr weitverbreitete Vorstellung, vielleicht mit der Ergänzung, daß es sich auszahlen könnte, ein Land aus der Rezession zu

* Diesem Beitrag liegt ein Papier für die Arbeitsgruppe „Political Consequences of Economic Distress“ im Rahmen der Jahrestagung der American Political Science Association in Chicago im September 1983 zugrunde. Den Teilnehmern der Arbeitsgruppe sei für viele wertvolle Hinweise für die vorliegende Überarbeitung gedankt.

führen, während die Aufrechterhaltung und Steigerung von Wohlstand von einem hohen Ausgangsniveau aus nicht belohnt wird.

Wenn man die Gültigkeit der obigen Annahme am Beispiel der Bundestagswahl vom März 1983 untersuchen will, muß man zunächst eine Art Klassifikation ökonomischer Variablen versuchen, die Individuen betreffen und charakterisieren (s. den Beitrag von Zintl in diesem Band). Eine vorläufige Liste solcher Komponenten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sieht folgendermaßen aus: Zunächst haben Individuen Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Zweitens haben sie Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage. Drittens ist die wirtschaftliche Lage von Individuen durch objektive Merkmale gekennzeichnet, wie z. B. Wohlstand, Konsummuster, Besitz und Stellung im Erwerbsleben. Viertens können Individuen eine Art ökonomischer „Ideologie“ haben, d. h. Einstellungen zum ökonomischen System, zu seiner Organisation und zu globalen makroökonomischen Vorgaben, ferner können sie ökonomische Verantwortung zuschreiben und Forderungen nach bestimmten Aktionen vertreten. Fünftens unterscheiden sich Individuen danach — und zwar oft in Übereinstimmung mit ihrer ökonomischen „Ideologie“ — welche konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen sie für erforderlich halten, um sehr breit definierte ökonomische Ziele zu realisieren. Diese allgemeinen Ziele schließlich werden normalerweise von den meisten Menschen geteilt (z. B. Preisstabilität, Vollbeschäftigung, reales Wachstum des Bruttosozialprodukts und des Einkommens pro Kopf, niedriges Zinsniveau), Meinungsverschiedenheiten existieren allerdings darüber, welche politischen Eliten am ehesten zur Verwirklichung dieser Ziele fähig sein könnten.

Aus Platzgründen ist es unmöglich, einen ausführlichen Überblick über die Literatur zu geben, die sich mit den politischen Auswirkungen dieser sechs Gruppen von ökonomischen Variablen in der Bundesrepublik befaßt (s. Rattinger 1980; Jung 1982; ferner den Beitrag von Jung in diesem Band). Für die Bundesrepublik existieren inzwischen, wie für viele andere Staaten, eine Anzahl von Zeitreihenstudien, in denen makroökonomische Verhältnisse mit politischen Ergebnissen auf der gesamtstaatlichen Aggregatebene in Beziehung gesetzt werden, wobei das politische Resultat meist durch die Popularität der Regierung oder der Parteien gemessen wird (z. B. Kirchgässner 1977, 1983; Norpoth/Yantek 1983). Empirische Mikrofundierungen dieser allgemein recht starken Zusammenhänge auf der Individualebene sind für die Bundesrepublik bislang kaum vorgelegt worden. Einige Studien kamen zu dem Ergebnis — und ähnliche Resultate stehen für die Vereinigten Staaten zur Verfügung — daß eindrucksvolle bivariate Beziehungen zwischen ökonomischen Variablen und dem Wahlverhalten praktisch verschwinden, wenn die Parteibindung kontrolliert wird. Dies bedeutet, daß Bewertungen der allgemeinen ökonomischen Lage, Präferenzen hinsichtlich wirtschaftspolitischer Programme und ökonomische „Ideologien“ durch langfristige Bindungen an politische Parteien stark

gefärbt werden, ebenso wie auch das Wahlverhalten selbst (Roth 1973; Rattinger/Puschner 1981). Die einzige Kategorie ökonomischer Variablen, für die signifikante unabhängige Wirkungen auf das Wahlverhalten durchgängig ermittelt werden konnten, ist diejenige der „Issue-Kompetenz“, welche Partei nämlich für am fähigsten gehalten wird, die erwünschte wirtschaftliche Lage herbeizuführen (z. B. Falter/Rattinger 1983; Klingemann 1973; Klingemann/Taylor 1977; s. ferner den Beitrag von Kuchler in diesem Band).

Gerade weil schon relativ viel Forschung zu den politischen Folgen ökonomischer Kompetenzbeurteilungen vorliegt, wird dieser Aspekt in diesem Beitrag vernachlässigt. Er beschäftigt sich mit den Auswirkungen der ersten fünf Kategorien von ökonomischen Variablen auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl von 1983. Zunächst werden einige Hypothesen über die Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Variablen und über ihren Effekt auf das Wahlverhalten entwickelt. Einer kurzen Beschreibung der Daten und Meßprozeduren folgt dann der Hauptteil des Beitrages, die Vorstellung der empirischen Ergebnisse.

2. Hypothesen

Wie in der Einleitung ausgeführt, beschäftigt sich dieser Beitrag mit den politischen Konsequenzen verschiedener Dimensionen ökonomischer Bedingungen und Einstellungen auf der Individualebene: Ökonomischer „Ideologie“, Perzeptionen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen ökonomischen Lage, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der persönlichen ökonomischen Lage und schließlich „objektiven“ Gegebenheiten der persönlichen ökonomischen Situation. Die fünfte der oben erwähnten Dimensionen, Positionen bezüglich bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wird nicht explizit untersucht, weil die verfügbaren Daten eine befriedigende Trennung dieser Dimension von der ökonomischen „Ideologie“ nicht zulassen. Begrifflich sind beide Dimensionen sicherlich zu trennen, empirisch ist aber eine hohe Kollinearität zu erwarten, weil die ökonomische „Ideologie“ von Individuen ihre Positionen gegenüber dem Einsatz ökonomischer Instrumente sehr stark beeinflusst.

Bevor wir Hypothesen über die Beziehungen zwischen den verschiedenen ökonomischen Dimensionen und über ihren wahrscheinlichen Einfluß auf das Wahlverhalten aufstellen können, müssen zwei weitere Begriffe eingeführt werden, nämlich Parteibindung und Stellung im Erwerbsleben. In Übereinstimmung mit der vorliegenden Literatur muß man erwarten, daß Parteibindungen zumindest einen gewissen Einfluß auf ökonomische Einstellungen ausüben. Da sie sich sicherlich im Wahlverhalten niederschlagen, werden Parteibindungen in unseren Modellen als Kontrollvariablen benötigt, um nicht ihre Effekte irrtümlich den ökonomischen Variablen zuzuschreiben. Die Stellung im Erwerbsleben wird andererseits nicht als eine dritte Variable betrachtet, die

ökonomischen Einstellungen und dem Wahlverhalten gemeinsam kausal vorge-lagert ist, sondern als ein Kriterium zur Differenzierung der Analyse, um der Vorstellung gerecht zu werden, daß ökonomische Variablen je nach Beziehung zum Erwerbsleben unterschiedliche politische Auswirkungen auf der Individualebene haben können. Natürlich könnte die Stellung im Erwerbsleben auch als ein gemeinsamer Bestimmungsfaktor ökonomischer Perzeptionen und des Wahlverhaltens aufgefaßt werden, es erscheint aber plausibel anzunehmen, daß diese Effekte weitgehend durch die Parteibindung vermittelt verlaufen, so daß es zulässig sein dürfte, die Untersuchung auf die Möglichkeit verschiedener politischer Reaktionsmuster auf ökonomische Variablen je nach Stellung im Erwerbsleben zu begrenzen.

Die nachfolgend aufgeführten Hypothesen geben wieder, welche Zusammenhänge zwischen den vier verschiedenen Dimensionen ökonomischer Einstellungen und Bedingungen, Parteibindungen und dem Wahlverhalten erwartet werden. Wenn eine solche Differenzierung sinnvoll erscheint, sagen sie je nach Stellung im Erwerbsleben verschiedene politische Reaktionsmuster voraus. Wir beginnen mit den Determinanten der ökonomischen „Ideologie“, die durch einen Index der dem Staat attribuierten Verantwortung für die Aufrechterhaltung des sozialen Sicherungsnetzes und für die Schaffung von Arbeitsplätzen erfaßt wird.

H 1: Die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung wird beeinflußt durch Parteibindungen, Perzeptionen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation und durch die tatsächliche individuelle ökonomische Lage.

H 1.1: Je positiver bürgerliche (sozialdemokratische oder linke) Parteien bewertet werden, desto niedriger (höher) ist die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung. *bestätigt*

H 1.2: Je günstiger Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Lage und je günstiger die tatsächliche persönliche wirtschaftliche Lage, desto weniger ökonomische Verantwortung wird dem Staat attribuiert. *bestätigt*

H 1.3: Die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung wird durch Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Lage und durch die tatsächliche persönliche wirtschaftliche Lage stärker beeinflußt als durch Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage. *bestätigt*

H 1.4: Die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung wird durch Parteibindungen stärker beeinflußt als durch ökonomische Variablen. *bestätigt*

- H 1.5: Die Auswirkungen von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation und der tatsächlichen persönlichen ökonomischen Lage auf die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung sind am stärksten bei Personen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig sind, und am schwächsten bei überhaupt nicht berufstätigen Personen.
- H 2: Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage werden durch Parteibindungen, durch Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der persönlichen wirtschaftlichen Lage und durch die tatsächliche private ökonomische Situation beeinflusst.
- H 2.1: Je positiver Regierungsparteien (Oppositionsparteien) bewertet werden, desto günstiger (ungünstiger) sind Perzeptionen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage.
- H 2.2: Je günstiger Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage und je günstiger die tatsächliche private ökonomische Situation, desto günstiger sind Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage.
- H 2.3: Die Auswirkungen von Bewertungen und Erwartungen der privaten ökonomischen Lage und der tatsächlichen ökonomischen Lebensumstände auf Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage sind stärker als die Auswirkungen von Parteibindungen.
- H 2.4: Die Auswirkungen von Parteibindungen, Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation und der tatsächlichen privaten ökonomischen Lebensbedingungen auf Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage sind unabhängig von der Stellung im Erwerbsleben.
- H 3: Erwartungen und Bewertungen der privaten ökonomischen Lage werden durch Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage und durch „objektive“ ökonomische Lebensumstände beeinflusst, nicht jedoch durch Parteibindungen.
- H 3.1: Je günstiger Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage und je günstiger die „objektiven“ individuellen ökonomischen Lebensumstände, desto günstiger sind Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Situation.
- H 3.2: Der Einfluß von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage und von tatsächlichen ökonomischen Lebensbedingungen auf Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Situation ist am stärksten für diejenigen Personen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig sind.

- H 4: Parteibindungen werden beeinflusst durch ökonomische „Ideologie“, durch Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, durch Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Situation und durch die tatsächlichen persönlichen ökonomischen Lebensumstände.
- H 4.1: Je niedriger (höher) die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung und je günstiger (ungünstiger) Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Situation und tatsächliche persönliche ökonomische Lebensbedingungen, desto günstiger werden Regierungsparteien (Oppositionsparteien) bewertet.
- H 4.2: Die Auswirkungen der ökonomischen „Ideologie“ auf Parteibindungen sind stärker als die Auswirkungen von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der individuellen ökonomischen Lage und der tatsächlichen privaten ökonomischen Lebensumstände.
- H 4.3: Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage und die tatsächliche persönliche ökonomische Situation wirken sich auf Parteibindungen stärker aus als Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage.
- H 4.4: Parteibindungen werden durch die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung, durch Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, durch Bewertungen und Erwartungen der privaten wirtschaftlichen Situation und durch die tatsächlichen persönlichen Lebensbedingungen am stärksten bei denjenigen Personen beeinflusst, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig sind.
- H 5: Das Wahlverhalten wird beeinflusst durch Parteibindungen, durch die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung, durch Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, durch Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage und durch die tatsächlichen persönlichen ökonomischen Lebensumstände.
- H 5.1: Je geringer (höher) die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung und je günstiger (ungünstiger) Perzeptionen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage und die tatsächlichen privaten ökonomischen Lebensumstände, desto eher erfolgt eine Stimmabgabe für Regierungsparteien (Oppositionsparteien).

- H 5.2: Die Auswirkungen der dem Staat attribuierten ökonomischen Verantwortung auf das Wahlverhalten sind stärker als die Auswirkungen von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation und der tatsächlichen individuellen ökonomischen Situation.
- H 5.3: Die Auswirkungen von Bewertungen und Erwartungen der persönlichen ökonomischen Lage und der tatsächlichen privaten ökonomischen Lebensbedingungen auf das Wahlverhalten sind stärker als die Auswirkungen von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage.
- H 5.4: Die Auswirkungen der dem Staat attribuierten ökonomischen Verantwortung, von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, von Bewertungen und Erwartungen der persönlichen ökonomischen Situation und der tatsächlichen individuellen ökonomischen Lebensbedingungen auf das Wahlverhalten sind am stärksten bei denjenigen Personen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig sind.

Die Überlegungen vollständig vorzutragen, die hinter den in den obigen Hypothesen zum Ausdruck gebrachten Erwartungen stehen, würde einen eigenen Beitrag erfordern. Einige der zentralen Elemente einer solchen Argumentation sollen jedoch kurz zusammengefaßt werden:

Erstens erscheint es plausibel anzunehmen, daß einige ökonomische Einstellungen nicht nur politische Folgen haben, sondern selbst durch Parteibindungen beeinflußt werden, besonders wenn sie sich auf Gebiete beziehen, bei denen man von einem niedrigen Informations- und Erfahrungshorizont ausgehen muß. Zweitens wird bei den Hypothesen von einer Rangordnung der Bedeutung der ökonomischen Dimensionen für die Formung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen ausgegangen, wobei die ökonomische „Ideologie“ an erster Stelle steht, weil das Thema der ökonomischen Verantwortung des Staates entlang der Links-Rechts-Achse in beträchtlichem Umfang politisiert ist. Es folgen die privaten ökonomischen Lebensumstände, bei denen stärkere politische Effekte als bei Einstellungen gegenüber der Situation der Wirtschaft im allgemeinen erwartet werden, teilweise sogar eine Bestimmung der letzteren Dimension durch die erstere, weil diese privaten ökonomischen Lebensumstände viel unmittelbarer erfahren werden und weil es in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten (Feldman 1982, 1983) — kein umfassendes Gefühl des ökonomischen Individualismus gibt, wonach allein das Individuum für wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg verantwortlich zu machen ist.

Statt dessen ist von einem weitverbreiteten und tiefverwurzelten Glauben an die Vorstellung des Sozialstaates auszugehen, daß die Gesellschaft insgesamt

und die Regierung dafür verantwortlich sind, günstige globale ökonomische Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten und den einzelnen vor wirtschaftlichen Härten oder gar Notlagen zu schützen. Wir erwarten also in der Bundesrepublik wesentlich mehr am Geldbeutel oder an der Sicherheit des Arbeitsplatzes orientiertes Wahlverhalten als es für die Vereinigten Staaten ermittelt wurde (z.B. Kiewiet 1983). Wir erwarten auch, daß diese Art des Wahlverhaltens wichtiger ist als politische Reaktionen auf die allgemeine Krise der Wirtschaft ohne persönliche Betroffenheit.

Die obigen Hypothesen enthalten zum dritten die Vorstellung, daß Parteibindungen und Wahlverhalten einerseits und ökonomische Variablen andererseits ziemlich ähnliche Beziehungsmuster aufweisen, was natürlich angesichts der engen Zusammenhänge zwischen Parteibindungen und Wahlverhalten nicht sehr überrascht. Da jedoch die beiden Begriffe nicht identisch sind, verbleibt einiger Raum für Nuancen in den Auswirkungen von ökonomischen Variablen auf einerseits Parteibindungen und andererseits Wahlverhalten; in einem gewissen Umfang erwarten wir Effekte der ökonomischen Variablen auf das Wahlverhalten, die von den Parteibindungen unabhängig sind.

Was die Richtung dieser Effekte angeht, das ist der vierte Punkt, so sind die in den Hypothesen zum Ausdruck gebrachten Erwartungen möglicherweise nicht ganz so selbstverständlich wie sie klingen (s. den Beitrag von Zintl in diesem Band). Die Hypothesen folgen durchgängig der „Anti-Regierungs“-Logik, die sich spätestens seit Downs (1957) großer Beliebtheit erfreut und in ihren Vorhersagen bei der Bundestagswahl 1983 mit der „Klientelhypothese“ zusammenfällt, die Wahlverhalten als Reaktion auf ökonomische Probleme aus tradierten Bindungen, gemeinsamen Interessen und Durchsetzungserwartungen innerhalb von sozialen Klassen und Gruppen ableitet (Hibbs 1977, 1979, 1982 a; Rattinger/Puschner 1981). Wir müssen jedoch bedenken, daß bei der Bundestagswahl im März 1983 der Regierungswechsel nur fünf Monate zurücklag, auch hatte sich an der Regierungsbeteiligung der F.D.P. nichts geändert. Offensichtlich fielen unter der früheren sozialliberalen Koalition die Vorhersagen der „Anti-Regierungs-Hypothese“ und der „Klientelhypothese“ über die politischen Auswirkungen von ökonomischen Variablen auseinander. In einer vorwiegend durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichneten ökonomischen Krise hätte die erstere Hypothese Nachteile, die letztere Hypothese politische Gewinne für die SPD vorhergesagt. In der gegenwärtigen Lage sagen beide Hypothesen das gleiche voraus, nämlich Verluste der Unionsparteien zugunsten der Sozialdemokraten. Ist es aber wirklich sinnvoll zu argumentieren, daß die Zeithorizonte der Wähler nicht über diese fünf Monate hinausgehen, daß (entsprechend H 5.1) die Unionsparteien für die „schlechten Zeiten“ bestraft würden, obwohl sie erst seit Oktober 1982 Regierungsverantwortung trugen? Die oben vorgeführten Hypothesen nehmen kurzichtiges Verhalten der Wähler an, und an diese Annahme sollte man als einen möglichen Grund denken, wenn

die empirischen Ergebnisse die Hypothesen über die Richtung der politischen Auswirkungen der ökonomischen Variablen nicht bestätigen sollten.

Fünftes schließlich gehen die Hypothesen auch von der Annahme aus, daß ökonomische Größen nicht bei allen Individuen die gleichen politischen Auswirkungen haben, wenn man sie nach ihrer Stellung im Erwerbsleben unterscheidet (s. Hibbs 1982 b, 1982 c). In diesem Beitrag wird zunächst danach unterschieden, ob jemand selbst berufstätig ist oder nicht. Die Berufstätigen werden dann weiter danach unterteilt, ob sie dem öffentlichen Dienst angehören oder nicht. Wir gehen davon aus, daß diese Klassifikation eine Dimension der Betroffenheit durch ökonomische Situationen und Probleme erfaßt. Die selbst nicht Erwerbstätigen, d. h. vorwiegend Hausfrauen und Rentner, sind vom Milieu des Arbeitsplatzes am entferntesten, so daß bei ihnen Betroffenheit, Bewußtseinsstand und Information am niedrigsten sein sollten — und deshalb auch die politischen Auswirkungen von ökonomischen Einstellungen und Umständen.

Wer außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig ist, hat andererseits direkte persönliche Erfahrungen mit dem Einfluß ökonomischer Bedingungen auf Beförderungschancen, Löhne und Gehälter, die Möglichkeit von Entlassungen usw. Über die persönliche Ausgesetztheit hinaus befinden sich diese Erwerbstätigen in Kontexten, in denen ökonomische Probleme eine große Rolle spielen. Nicht nur sind sie die einzigen, die der Möglichkeit der Entlassung, der Kurzarbeit, des unfreiwilligen Berufswechsels, von Einkommenseinbußen oder des Bankrotts selbst ins Auge sehen müssen, dieses Ausgesetztsein wird verstärkt durch die beträchtliche Bedeutung dieser Dinge in der Welt des Arbeitsplatzes, in der sie mit einer ihrer zentralen Rollen angesiedelt sind. Wir erwarten, daß persönliche Betroffenheit, Bewußtsein und konsistenter strukturierte ökonomische Vorstellungen zusammen auftreten und sich in sichtbareren politischen Effekten niederschlagen.

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen zwar auch einem Broterwerb nachgehen und tun das in Milieus, die von ökonomischen Problemlagen nicht völlig abgekoppelt sind. Ihnen bleiben aber die schlimmsten Ängste erspart. Sie können nicht entlassen oder zur Kurzarbeit gezwungen werden, ihr Realeinkommen mag sinken, die Quelle des Einkommens ist jedoch lebenslanglich gesichert, wirtschaftliche Umstände können nicht dazu benutzt werden, ihre Arbeitsbedingungen zu verschlechtern usw. Wegen dieser geringeren Betroffenheit wird erwartet, daß bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes das Bewußtsein und die persönliche Bedeutung ökonomischer Probleme geringer ausgeprägt ist, daß deshalb die politischen Auswirkungen solcher Probleme bei diesen Personen zwar stärker ausgeprägt sind als bei den überhaupt nicht Erwerbstätigen, aber geringer als bei den außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen.

Eine letzte Anmerkung zu den Hypothesen ist erforderlich: In der gegenwärtigen Form gehen sie von unabhängigen politischen Effekten der verschiedenen Dimensionen ökonomischer Attitüden und Umstände aus. Man hört jedoch oft das Argument, daß alle Arten von Problemen — nicht nur ökonomische — nur in dem Umfang politisch relevant werden, in dem sie „politisiert“ werden, in dem die Schuld und/oder Verantwortung der Regierung oder dem politischen System im allgemeinen attribuiert wird. Eine der oben angeführten ökonomischen Dimensionen könnte sich zur Berücksichtigung dieser Überlegung eignen, nämlich die ökonomische „Ideologie“, auch als die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung bezeichnet. Man könnte argumentieren, daß diese Dimension nicht nur direkte Auswirkungen auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen haben sollte, sondern gleichzeitig der zentrale „Schalter“ oder „Filter“ sein sollte, der die politischen Auswirkungen aller übrigen ökonomischen Dimensionen ein- oder ausschaltet. Manche Leute mögen die allgemeine Wirtschaftslage in der Bundesrepublik als verheerend betrachten, sie mögen ihre privaten wirtschaftlichen Umstände als verzweifelt und hoffnungslos ansehen, sie mögen arbeitslos sein oder größere Einkommensverluste erfahren haben, trotzdem sollte man keine politischen Folgen solcher Tatsachen oder Einstellungen erwarten, wenn diese Leute das politische System insgesamt oder die Regierung nicht als verantwortlich für die gegenwärtige Lage oder für die Verbesserung der Zustände ansehen. Diese Überlegung führt zu einer abschließenden Hypothese, die von Interaktionseffekten zwischen der Dimension der ökonomischen Verantwortlichkeit des Staates und den übrigen ökonomischen Dimensionen ausgeht:

H 5.5: Die Effekte von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen der allgemeinen Wirtschaftslage, von Bewertungen und Erwartungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der tatsächlichen ökonomischen Lebensbedingungen auf das Wahlverhalten werden durch die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung interaktiv vermittelt. Je stärker diese Attribution, desto stärker sind die politischen Auswirkungen der übrigen ökonomischen Dimensionen (entsprechend der Vorhersage ihrer Richtung in H 5.1) und umgekehrt.

3. Daten und Messung

Nach dieser ausführlichen Vorstellung der Hypothesen ist ein kurzer Überblick über die hier verwandten Daten und Meßverfahren angezeigt. Die Datenbasis besteht aus einer einstündigen Befragung bei 1469 repräsentativ ausgewählten Personen über 18 Jahren in der Bundesrepublik (ausgenommen West-Berlin) vom Dezember 1982, die mit Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk durchgeführt wurde. Aus den Rohdaten wurden Maße für Wahlverhalten, Parteibindungen und die verschiedenen ökonomischen Dimensionen wie folgt konstruiert:

Wahlverhalten: Wahlabsichten wurden mittels einer „Wahlsimulation“ erhoben. Die nachfolgenden Analysen beruhen nur auf Zweitstimmen. Vier Dummy-Variablen — je eine für jede Partei: CDU/CSU, SPD, F.D.P., GRÜNE — wurden als 1 definiert, wenn der Befragte eine Wahlabsicht für die jeweilige Partei bekundet hatte, sonst erhielten sie den Wert 0. Obwohl Wahlabsichten nicht mit tatsächlichem Wahlverhalten identisch sein müssen, werden nachfolgend beide Begriffe synonym gebraucht.

Parteibindung: Die Sympathie bzw. Antipathie gegenüber den fünf Parteien wurde mittels Skalen mit 11 Werten von -5 bis $+5$ gemessen. Die Skalometer für CDU und CSU wurden in ein gemeinsames Skalometer kombiniert, wobei für Befragte aus Bayern der Wert der CSU, ansonsten der Wert der CDU verwandt wurde. Wie Tabelle 1 zeigt, läuft die numerische Codierung dieser Skalometer von 1 (für -5) bis 11 (für $+5$).

Dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung: Ein Index für diese Dimension (nachfolgend IVS abgekürzt) wurde aus zwei Umfrage-Items abgeleitet. Den Befragten wurden Skalen mit sieben Punkten vorgelegt, mittels derer sie sagen sollten, ob ihrer Meinung nach in der gegenwärtigen ökonomischen Lage der Bundesrepublik die Staatsausgaben für soziale Sicherheit stark vermindert werden sollten (als ein Extremwert) oder ob sie überhaupt nicht vermindert werden sollten (als der andere Extremwert), ob zweitens mehr Arbeitsplätze unmittelbar durch den Staat selbst geschaffen werden sollten oder ohne jedes Eingreifen des Staates. Diese zwei Skalen wurden ohne Gewichtung additiv kombiniert und standardisiert auf einen Wertebereich von -1 (starke Senkung der Ausgaben für soziale Sicherheit, keine staatlichen Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen) bis $+1$ (keine Kürzung von Sozialausgaben, Schaffung neuer Arbeitsplätze durch staatliche Aktivitäten).

Allgemeine wirtschaftliche Lage: Ein Index allgemeiner wirtschaftlicher Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen (IAW) wurde in zwei Schritten abgeleitet. Im ersten Schritt wurden Indizes der drei Komponenten der Perzeption, der Bewertung und der Erwartung getrennt definiert, welche die folgenden Items enthielten:

Wahrnehmungen:

- der gegenwärtigen allgemeinen ökonomischen Lage
- der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren
- des Wirtschaftswachstums
- der Entwicklung der Bruttoeinkommen
- der Entwicklung der Kaufkraft
- des Umfangs der Arbeitslosigkeit

Zufriedenheit:

- mit dem Wirtschaftswachstum
- mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt

soeben erläuterten ökonomischen Indizes und der Skalometer für die vier Parteien.

Vor der empirischen Überprüfung unserer Hypothesen ist ein kurzer Blick auf diese Verteilungen angezeigt. Tabelle 1 zeigt, daß im Dezember 1982 die zwei großen Parteien beinahe gleichermaßen populär waren, wobei positive Bewertungen die negativen überwogen. Zwei Monate nach dem Regierungswechsel war die F.D.P. im Durchschnitt sehr unpopulär, beinahe so unpopulär wie die GRÜNEN. Bei beiden Parteien überwogen die negativen Bewertungen die positiven bei weitem.

Tabelle 1: Verteilung von Parteiskalometern und ökonomischen Indizes

Variable/Index	theoretisch		empirisch		Mittel	Standard- abweichung	Schiefe
	min.	max.	min.	max.			
Skalometer CDU/CSU	1	11	1	11	7,01	3,14	-0,49
Skalometer SPD	1	11	1	11	6,89	3,05	-0,46
Skalometer FDP	1	11	1	11	4,41	2,74	0,23
Skalometer GRÜNE	1	11	1	11	3,73	2,89	0,67
IVS	-1	1	-1	1	0,12	0,50	-0,09
IAW	-1	1	-0,92	0,50	-0,19	0,20	-0,10
IPW	-1	1	-0,88	0,94	0,09	0,23	-0,33
IMW	0	1	0,02	0,82	0,17	0,11	1,15
IUA	0	1	0	0,56	0,07	0,10	1,88

Hinsichtlich der ökonomischen Ideologie standen die Befragten im Durchschnitt leicht auf der Seite stärkerer Verantwortung des Staates. Ein etwas kontraintuitives Bild ergibt sich bei den Bewertungen der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage. Der Mittelwert von IAW ist eindeutig negativ, der Mittelwert von IPW schwach positiv. Im Mittel also waren die Befragten mit ihren persönlichen wirtschaftlichen Umständen und Aussichten nicht unzufrieden, sie waren aber ziemlich pessimistisch hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage. Wir werden später sehen, ob diese Beobachtung etwa impliziert, daß die Hypothese H 2.3 falsch sein könnte. Wie erwartet sind schließlich IMW und IUA am schiefsten verteilt, weil extremer Wohlstand und extreme Betroffenheit durch die Probleme des Arbeitsmarktes nur bei Minderheiten auftreten.

Wenn man die Parteienskalometer und die ökonomischen Indizes nach der Stellung im Erwerbsleben unterteilt (Tabelle 2), dann ergibt sich folgendes Bild: Die Erwerbstätigen außerhalb des öffentlichen Dienstes und die überhaupt nicht Erwerbstätigen haben ziemlich ähnliche Einstellungen gegenüber den Parteien.

Sie bewerten im Durchschnitt die Unionsparteien etwas höher als die Sozialdemokraten und sie lehnen die GRÜNEN deutlich stärker ab als die F.D.P. Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten bevorzugen andererseits die Sozialdemokraten eindeutig gegenüber den Unionsparteien und sie stehen den GRÜNEN etwas positiver gegenüber als der F.D.P.

Tabelle 2: Verteilung von Parteiskalometern und ökonomischen Indizes nach Stellung im Erwerbsleben

Variable/Index	Nicht berufstätig		Berufstätig			
	Mittel	Standardabweichung	Mittel	Standardabweichung	Mittel	Standardabweichung
Skalometer CDU/CSU	7,04	3,15	6,42	3,12	7,19	2,98
Skalometer SPD	6,76	3,12	7,18	2,76	6,98	2,98
Skalometer FDP	4,59	2,78	3,94	2,64	4,31	2,71
Skalometer GRÜNE	3,70	2,89	4,07	2,94	3,64	2,79
IVS	0,14	0,50	0,12	0,50	0,09	0,49
IAW	-0,20	0,20	-0,19	0,18	-0,17	0,21
IPW	0,05	0,21	0,19	0,20	0,11	0,23
IMW	0,16	0,09	0,20	0,11	0,17	0,12
IUA	0,04	0,06	0,05	0,07	0,12	0,13

Die drei Gruppen unterscheiden sich nicht sehr in ihrer ökonomischen Ideologie und in ihren Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage. Die außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen sind dabei noch am optimistischsten und attributieren dem Staat die geringste ökonomische Verantwortung; die überhaupt nicht Erwerbstätigen stehen am anderen Ende, und die im öffentlichen Dienst Beschäftigten liegen zwischen den beiden anderen Gruppen. Ein Vergleich zwischen IPW und IMW führt zu dem interessanten Resultat, daß sich die drei Gruppen in ihrem objektiven Wohlstand nicht stark unterscheiden, wohl aber in den Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der persönlichen wirtschaftlichen Lage. Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten verbinden ihren Wohlstand mit recht optimistischen Bewertungen und Erwartungen. Den gar nicht Erwerbstätigen geht es im Durchschnitt nicht viel schlechter, sie sehen aber ihre persönliche wirtschaftliche Lage und Zukunft mit dem geringsten Optimismus. Durch ein stabiles Beschäftigungsverhältnis gegen wirtschaftliche Gefahren geschützt zu sein, steigert offenkundig die Fähigkeit, sich seines Wohlstandes zu erfreuen und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Hinsichtlich des Index IUA unterschieden sich die drei Gruppen schließlich wie erwartet: Die im öffentlichen Dienst Beschäftigten und die

überhaupt nicht erwerbstätigen Befragten haben im Durchschnitt fast die gleichen Werte, während die außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen der Unsicherheit des Arbeitsplatzes signifikant stärker ausgesetzt sind.

Zum Schluß richten wir noch einen Blick auf die Beziehungen zwischen diesen Variablen und Indizes (Tabelle 3): Die Korrelationskoeffizienten zwischen den Parteienskalometern zeigen das bekannte Muster, daß Sympathie für eine der beiden großen Parteien mit Abneigung gegenüber der anderen einhergeht. Positive Bewertungen der Unionsparteien sind assoziiert mit ebenfalls positiven Bewertungen der F.D.P. und mit Ablehnung der GRÜNEN, umgekehrt ist Sympathie für die Sozialdemokraten mit Ablehnung der F.D.P. und einiger Sympathie für die GRÜNEN verbunden. Die Bewertungen der beiden kleinen Parteien sind unkorreliert.

Tabelle 3: Korrelationen zwischen Parteienskalometern und ökonomischen Indizes

	Skalometer							
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	IVS	IAW	IPW	IMW
SPD	-0,46							
FDP	0,45	-0,22						
GRÜNE	-0,28	0,24	0,00					
IVS	-0,32	0,30	-0,21	0,22				
IAW	0,15	0,03	0,14	-0,11	-0,10			
IPW	0,13	-0,03	0,09	0,01	-0,12	0,46		
IMW	0,10	-0,10	0,08	-0,05	-0,18	0,08	0,22	
IUA	-0,09	0,07	-0,13	0,01	0,05	-0,09	-0,10	-0,11

Von den ökonomischen Indizes hängt IVS am stärksten mit den Parteienskalometern zusammen und zwar — wie zu erwarten — entlang einer Links-Rechts-Achse. Sympathien für die zwei bürgerlichen Parteien treten in der Regel zusammen mit einer geringeren Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat auf, während eine stärkere Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat mit positiveren Bewertungen der SPD und der GRÜNEN einhergeht.

Zwischen den ökonomischen Indizes existiert nur eine halbwegs starke Beziehung, nämlich zwischen IAW und IPW, was darauf hindeutet, daß wir es — mit der möglichen Ausnahme dieser beiden Komponenten — in der Tat mit getrennten Dimensionen zu tun haben. Insgesamt jedoch sind alle bivariaten Korrelationen von einer solchen Größenordnung, daß bei den empirischen Analysen von einer geringen Bedeutung des Multikollinearitätsproblems ausgegangen werden kann.

4. Ergebnisse

4.1. Vorbemerkung

Die nachfolgenden Auswertungen folgen einem einheitlichen Muster. Für jede abhängige Variable werden jeweils zwei Modelle geschätzt. Das erste Modell nimmt einheitliche Beziehungen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen für die gesamte Stichprobe an. Im zweiten Modell wird jeder ökonomische Index in drei separate Indizes für jede der drei nach ihrer Stellung im Erwerbsleben definierten Teilgruppen aufgespalten. Diese aufgespalteten Indizes nehmen für die zugehörige Gruppe den Wert des ursprünglichen Index an, für die beiden übrigen Teilgruppen jeweils den Wert Null. Regressionen der abhängigen Variablen auf diese dreifachen Indizes ermöglichen es festzuhalten, in welchem Umfang unsere Hypothesen über je nach Stellung im Erwerbsleben unterschiedliche politische Effekte von ökonomischen Einstellungen und Bedingungen zutreffen.

4.2. *Ökonomische Verantwortung des Staates*

Hinsichtlich der ersten Gruppe von Hypothesen, die sich auf die Determinanten der Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat beziehen, zeigt Tabelle 4, daß H 1.1 vollständig bestätigt wird. Positive Bewertungen der Parteien der Regierungskoalition haben einen signifikanten Einfluß auf die Senkung von IVS, während die Überzeugung, der Staat solle neue Arbeitsplätze schaffen und die Sozialausgaben unangetastet lassen, um so stärker ist, je sympathischer die Sozialdemokraten und die Grünen bewertet werden.

Die Hypothesen H 1.2 und H 1.3 werden ähnlich eindrucksvoll bestätigt. Je besser die Befragten die allgemeine und ihre persönliche wirtschaftliche Lage bewerten und je besser es ihnen objektiv geht, desto weniger ökonomische Verantwortung attribuieren sie dem Staat. Von den beiden Indizes für die objektiven individuellen ökonomischen Lebensverhältnisse spielt dabei IMW, der materielle Wohlstand, eindeutig die entscheidende Rolle bei der Formung der ökonomischen Ideologie; ein Effekt von IUA existiert praktisch nicht. Dieses letztere Ergebnis stellt eine gewisse Überraschung dar, da man eigentlich hätte erwarten sollen, daß Menschen mit direkten oder indirekten Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit oder mit entsprechenden Ängsten eher geneigt sein sollten, eine stärkere Rolle des Staates bei der Erhaltung der sozialen Sicherheit und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu favorisieren. Die Vorzeichen der drei übrigen ökonomischen Indizes entsprechen alle der Erwartung, der Effekt von IAW ist jedoch — wie von H 1.3 vorhergesagt — nicht signifikant. Außer durch Parteisympathien scheint die ökonomische Ideologie also vor allem durch die persönlichen ökonomischen Lebensumstände der Befragten beeinflußt zu werden. Je günstiger diese Umstände und je zufriedener und persönlich optimistischer die Befragten sind, desto eher können sie es sich

Tabelle 4: Regression von IVS, IAW und IPW auf Parteiskalometer und ökonomische Indizes

Erklärungs- variable	Abhängige Variable											
	IVS				IAW				IPW			
	Total	a	b	c	Total	a	b	c	Total	a	b	c
Skalometer												
CDU/CSU	-0,02* -0,15		-0,02* -0,15		0,01* 0,09		0,01* 0,08		0,01* 0,05		0,01* 0,06	
SPD	0,03* 0,17		0,03* 0,17		0,01* 0,12		0,01* 0,13		0,00 -0,01		0,00 -0,02	
FDP	-0,01* -0,08		-0,01* -0,07		0,01* 0,09		0,01* 0,09		0,00 -0,02		0,00 0,01	
GRÜNE	0,02* 0,13		0,02* 0,13		-0,01* -0,11		-0,01* -0,11		0,01* 0,08		0,01* 0,06	
IAW	-0,10 -0,04	-0,14 -0,05	-0,23 -0,04	-0,10 -0,03	-	-	-	-	0,52* 0,46	0,49* 0,37	0,34* 0,14	0,53* 0,34
IPW	-0,12* -0,06	-0,17* -0,05	-0,33* -0,06	0,08 0,03	0,40* 0,46	0,41* 0,32	0,34* 0,16	0,43* 0,33	-	-	-	-
IMW	-0,53* -0,11	-0,23 -0,05	-0,46* -0,07	-0,67* -0,15	-0,07* -0,04	-0,01 -0,01	-0,09 -0,03	-0,11* -0,06	0,36* 0,17	0,08 0,04	0,54* 0,18	0,46* 0,24
IUA	-0,04 -0,01	0,03 0,00	1,00* 0,05	0,09 0,02	-0,08* -0,04	-0,18* -0,04	-0,36* -0,05	-0,04 -0,02	-0,10* -0,04	-0,25* -0,05	-0,14 -0,02	-0,14* -0,06
Konstante	0,17		0,12		-0,30		-0,31		0,11		0,11	
R ² (korrigiert)	0,168		0,172		0,255		0,252		0,257		0,282	
N	1292		1292		1292		1292		1292		1292	

Die oberen Koeffizienten sind normale Regressionskoeffizienten, die unteren sind beta-Koeffizienten.

*: Signifikant mit $p < 0,05$, einseitiger Test

a: Nicht berufstätig

b: Berufstätig im öffentlichen Dienst

c: Berufstätig außerhalb des öffentlichen Dienstes

leisten, die Vorstellungen zu unterstützen, daß die Sozialausgaben gesenkt werden könnten und staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme überflüssig seien.

Die Evidenz zu H 1.4 kann nicht unmittelbar der Tabelle 4 entnommen werden. Um die relative Bedeutung von Parteibindungen und von ökonomischen Einstellungen und Verhältnissen für die Erklärung ökonomischer Ideologie zu bestimmen, wurde IVS getrennt auf die vier Parteiskalometer einerseits und auf IAW, IPW, IMW und IUA andererseits regrediert. Der korrigierte multiple Determinationskoeffizient R^2 beträgt für das erstere Modell 0,144, für das letztere Modell 0,031. Zusammen mit der Größenordnung der Beta-Koeffizienten bestätigen diese Resultate eindeutig die Hypothese H 1.4, denn der größte Anteil der Varianz in IVS, die durch das Modell in der ersten Spalte der Tabelle 4 gebunden wird, geht auf das Konto der Parteibindungen. Die Befragten bilden in der Tat ihre ökonomische Ideologie in einem gewissen Ausmaß je nach ihrer persönlichen ökonomischen Lage, aber die Positionen der

Parteien, mit denen sie sympathisieren, üben einen wesentlich stärkeren Einfluß auf diese Überzeugungen aus. Zu einem gewissen Grad reproduzieren die Befragten die ökonomischen Ideologien der vertrauten politischen Eliten.

Das Modell in der zweiten Spalte der Tabelle 4 ermöglicht es, die Gültigkeit der Hypothese H 1.5 empirisch zu bewerten. In dieser Hinsicht sind die Ergebnisse, gelinde gesagt, wenig eindeutig. Die Erwartungen werden nur für denjenigen ökonomischen Index (IMW) bestätigt, der am engsten mit der ökonomischen Ideologie zusammenhängt: Mit steigendem persönlichem Wohlstand lehnen die außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen Ausgaben für soziale Sicherheit und Arbeitsplatzbeschaffung durch den Staat am stärksten ab. Alle drei Koeffizienten von IAW haben das gleiche Vorzeichen, keiner ist jedoch signifikant. Der Koeffizient von IPW ist am schwächsten und insignifikant bei derjenigen Gruppe, wo er eigentlich am stärksten sein sollte. Statt dessen sind persönliche wirtschaftliche Zufriedenheit und Zukunftsoptimismus am stärksten mit niedrigen Werten von IVS bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten assoziiert. Bei der Unsicherheit des Arbeitsplatzes findet man schließlich einen starken und signifikanten Koeffizienten, dessen Vorzeichen H 1.2 entspricht, dies jedoch bei der falschen Teilgruppe, nämlich den im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Sie sind für alle praktischen Zwecke gegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Bankrott usw. effektiv geschützt. Dennoch glauben sie, je stärker sie diesen Problemen auf die eine oder andere Art und Weise ausgesetzt sind, um so mehr, daß der Staat etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun sollte und daß im Sozialbereich nicht gekürzt werden dürfe. Ihre Erfahrungen können auf verschiedene Weise zustande kommen: eigene frühere Arbeitslosigkeit, indirekte Betroffenheit durch den Ehepartner, den Haushaltsvorstand, Freunde oder Verwandte, Ängste im allgemeinen oder hinsichtlich der Zukunft nahestehender Personen. Eine mögliche Interpretation dieses recht starken und eigentlich unerwarteten Zusammenhanges könnte sein, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes — obwohl sie im allgemeinen nicht wesentlich geneigter sind als andere, dem Staat ökonomische Verantwortung zu attribuieren — im Fall persönlicher Bewegung mit ökonomischen Schwierigkeiten sich zunächst an diejenige Organisation halten, von der sie erfahren haben, daß sie ihnen selbst Versorgung und stabile Lebensbedingungen gewähren kann.

4.3. Allgemeine Wirtschaftslage

Das dritte Modell der Tabelle 4 zeigt, daß die Hypothese H 2.1 fast vollständig bestätigt wird. Je näher die Befragten irgendeiner der drei etablierten Parteien stehen, desto optimistischer bewerten sie die allgemeine Wirtschaftslage, je näher sie den GRÜNEN stehen, desto pessimistischer sind sie. In ökonomischen Krisen neigen Regierungsparteien dazu, das Bild rosiger zu zeichnen, während Oppositionsparteien dunklere Töne bevorzugen. Wir erwarten, daß ihre Anhänger zu einem bestimmten Ausmaß diese Ansichten übernehmen, da es für den durchschnittlichen Befragten nicht so leicht ist, ein unabhängiges und

fundiertes Urteil über den Zustand und die Zukunftsaussichten der Wirtschaft im allgemeinen abzugeben. Bei den Bewertungen der Unionsparteien, der F.D.P. und der GRÜNEN wird diese Erwartung tatsächlich bestätigt. Die SPD jedoch war im Dezember 1982 noch keine echte Oppositionspartei. Ihr Kanzler hatte sein Amt weniger als drei Monate vor unserer Umfrage verloren, und die Partei hoffte noch, bald an die Macht zurückzukehren. Deshalb wurde der Versuch unterlassen, Entwicklungen grau in grau zu zeichnen, die weitgehend unter der Führung der Partei begonnen und stattgefunden hatten. Diejenigen Befragten, die den Sozialdemokraten nahestanden und ihre Bewertungen der allgemeinen Wirtschaftslage zumindest teilweise von den Positionen dieser Partei ableiteten, tendierten deshalb, entgegen Hypothese H 2.1, auch zu etwas risigeren Wahrnehmungen.

Auch H 2.2 ist nicht vollständig richtig. Hinsichtlich der Effekte von IPW und IUA wird diese Hypothese zweifellos bestätigt. Optimistische Bewertungen und Erwartungen der persönlichen wirtschaftlichen Situation sind mit Abstand die wichtigste Determinante einer optimistischen Sicht der allgemeinen Wirtschaftslage, Erfahrungen mit den Gefahren des Arbeitsmarktes verringern den allgemeinen ökonomischen Optimismus. Entgegen der Erwartung erachten jedoch die Wohlhabenderen die allgemeine Wirtschaftslage und ihre Zukunft als düsterer als die weniger Wohlhabenden. Ob dies einen besseren Informationsstand, Zweckpessimismus oder stärkere persönliche Betroffenheit durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung reflektiert, kann mit diesen Daten nicht beantwortet werden.

Die Hypothese H 2.3 wird völlig bestätigt — und zwar durch die Beta-Koeffizienten ebenso wie durch zwei getrennte Regressionen von IAW auf die Parteienskalometer einerseits und auf IPW, IMW und IUA andererseits. Das erste Modell ergibt ein korrigiertes R^2 von 0,046, das letztere Modell von 0,221. Verglichen mit der persönlichen wirtschaftlichen Lage ist die Parteibindung für die Formung von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage von geringer Bedeutung.

Auch Hypothese H 2.4 wird durch die Daten bestätigt. Die Vorzeichen der Koeffizienten in den drei nach Stellung im Erwerbsleben definierten Teilgruppen sind stets gleich; mit der möglichen Ausnahme von IUA unterscheiden sich diese Koeffizienten kaum in der Größenordnung. Im Gegensatz zur Erklärung von IVS verbessert jedoch die Aufspaltung der Effekte der ökonomischen Indizes auf IAW für die drei Teilgruppen die Erklärungsleistung des Modells in der vierten Spalte der Tabelle 4 gegenüber dem Modell in der dritten Spalte nicht. Der korrigierte Wert von R^2 sinkt sogar etwas, was natürlich bedeutet, daß die Aufspaltung der Koeffizienten überflüssig ist.

4.4. *Persönliche wirtschaftliche Lage*

Die Daten bestätigen die Hypothese H 3.1. Die persönliche wirtschaftliche Lage wird als wesentlich besser angesehen, wenn die Befragten in günstigeren materiellen Verhältnissen leben, weniger Erfahrung mit der Unsicherheit des Arbeitsplatzes haben und hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage optimistischer sind. Durch Parteibindungen wird IPW fast überhaupt nicht beeinflusst; der korrigierte Wert von R^2 ist nur 0,015, wenn IPW allein auf die vier Parteienskalometer regrediert wird, bei Regression auf IAW, IMW und IUA beträgt der Wert indessen 0,253.

Die Bestätigung der Hypothese H 3.2 andererseits ist nicht sehr beeindruckend. Bei den überhaupt nicht Erwerbstätigen sind in der Tat die Auswirkungen des persönlichen Wohlstandes auf IPW am geringsten, aber bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes und bei den außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen sind sie ungefähr gleich. Die Effekte von IUA sind ungefähr gleich bei den gar nicht Erwerbstätigen und den außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen, sie sind am geringsten bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes. H 3.2 muß deshalb zugunsten einer alternativen Interpretation der Determinanten von Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der privaten wirtschaftlichen Lage zurückgewiesen werden. Wohlstand ist viel wichtiger für Erwerbstätige als für Nicht-Erwerbstätige. Die Gefahren des Arbeitsmarktes sind gleichermaßen wichtig für die Formung der Perzeptionen der privaten wirtschaftlichen Lage bei allen Befragten, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören, seien sie selbst erwerbstätig oder nicht. Diese Gefahren sind ziemlich irrelevant für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die aus offenkundigen Gründen etwaige Erfahrungen mit solchen Gefahren des Arbeitsmarktes — die natürlich hauptsächlich indirekt sind — nicht in Pessimismus hinsichtlich ihrer privaten ökonomischen Lebensbedingungen umsetzen. Diese alternative Interpretation der Vorstellung, daß die Zusammenhänge zwischen IPW und den übrigen ökonomischen Indizes nicht über alle Teilgruppen hinweg gleichförmig sind, erhält beträchtliche empirische Unterstützung, was an dem Anstieg des multiplen Determinationskoeffizienten von der fünften zur letzten Spalte der Tabelle 4 abzulesen ist.

Insgesamt bieten die bislang vorgeführten Analysen ein recht einfaches und plausibles Bild der Beziehungen zwischen den verschiedenen Dimensionen ökonomischer Einstellungen und Verhältnisse. Der persönliche Wohlstand — und in geringerem Umfang die Unsicherheit des Arbeitsplatzes — haben starke direkte Effekte auf die Wahrnehmung der persönlichen wirtschaftlichen Lage. Diese wiederum färbt die Einstellungen zur allgemeinen Wirtschaftslage in beträchtlichem Umfang. Die ökonomische Ideologie hängt vor allem von Parteibindungen ab und in wesentlich geringerem Ausmaß vom privaten Wohlstand.

4.5. Parteibindungen

Wir haben ermittelt, daß Parteibindungen praktisch keinen Effekt auf IPW, einen relativ bescheidenen auf IAW, aber einen sehr beträchtlichen auf IVS haben. Wir wenden uns nun der Frage zu, ob ökonomische Einstellungen und Verhältnisse tatsächlich Parteibindungen in Übereinstimmung mit der vierten Gruppe unserer Hypothesen beeinflussen. Damit verlassen wir das Gebiet der Beziehungen zwischen ökonomischen Variablen und Indizes und wenden uns ihren politischen Konsequenzen zu.

Die Vorzeichen der Regressionskoeffizienten in Tabelle 5 bestätigen für die drei etablierten Parteien die Hypothese H 4.1 fast vollständig. Neigen Befragte der Auffassung zu, daß die Regierung bei der Erhaltung des sozialen Sicherungsnetzes und der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht sonderlich aktiv sein solle, dann sind ihnen die gegenwärtigen Regierungsparteien deutlich sympathischer und die Sozialdemokraten deutlich unsympathischer. Dasselbe Beziehungsmuster zeigt sich bei den vergleichsweise wohlhabenden, persönlich zufriedenen und optimistischen Befragten und bei solchen Personen, die von den Auswirkungen der ökonomischen Krise auf den Arbeitsmarkt gering betroffen sind; signifikant ist jedoch nur der letztere Zusammenhang. Ein weiterer signifikanter Zusammenhang besteht zwischen den Skalometern der drei etablierten Parteien und IAW, für die Sozialdemokraten widerspricht aber das Vorzeichen dieses Koeffizienten der Hypothese H 4.1. Angesichts der weiter oben vorgetragenen Überlegungen ist dies jedoch nicht sehr überraschend. Nur zwei Monate nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung waren die Befragten nicht hinreichend vergeblich, um dieser Partei größere Sympathien entgegenzubringen, wenn sie die allgemeine Wirtschaftslage als ungünstig erachteten.

Im Fall der GRÜNEN widersprechen zwei Koeffizienten der Hypothese H 4.1, einer davon ist statistisch signifikant. Mit zunehmender Betroffenheit von der Unsicherheit des Arbeitsplatzes stufen die Befragten diese Partei als unsympathischer ein; anders als die SPD konnte sie nicht von der stärkeren Ablehnung der Regierungsparteien durch diejenigen profitieren, die Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt erfahren haben oder sich davor fürchten. Der Koeffizient von IPW ist signifikant positiv — ein etwas überraschendes Ergebnis. Obwohl die objektiv Wohlhabenderen weniger Sympathien für die GRÜNEN aufbringen, bewirkt persönliche ökonomische Zufriedenheit und Optimismus günstigere Bewertungen dieser Partei. Entgegen den Erwartungen hinsichtlich der Rolle der GRÜNEN als Opposition gegen die gegenwärtige Regierung werden sie nicht positiver eingeschätzt, wenn die Befragten mit ihren privaten wirtschaftlichen Lebensbedingungen unzufrieden sind, eher das Gegenteil ist der Fall.

Hinsichtlich der Rangordnung der Einflüsse der verschiedenen ökonomischen Dimensionen auf die Einschätzungen der politischen Parteien wird die Hypothese H 4.2 vollständig bestätigt, was die Größenordnungen der Beta-

Tabelle 5: Regression der Parteiskalometer auf ökonomische Indizes

Erklärungs- variable	<u>CDU/CSU</u>				<u>SPD</u>				<u>FDP</u>				<u>GRÜNE</u>			
	Total	a	b	c	Total	a	b	c	Total	a	b	c	Total	a	b	c
IVS	-1,81* -0,27	-1,95* -0,23	-2,32* -0,14	-1,29* -0,12	1,78* 0,29	2,08* 0,25	1,80* 0,11	1,47* 0,14	-0,97* -0,18	-0,97* -0,12	-1,48* -0,10	-0,89* -0,09	1,21* 0,21	1,28* 0,16	0,74 0,04	-1,26* 0,13
IAW	1,63* 0,10	1,56* 0,09	0,20 0,01	0,70 0,03	1,11* 0,07	2,03* 0,12	0,59 0,02	1,13* 0,05	1,54* 0,11	1,35* 0,09	2,83* 0,09	0,76 0,04	-1,77* -0,12	-1,33* -0,08	-1,73* 0,05	-1,77* -0,09
IPW	0,51 0,04	0,04 0,00	0,39 0,01	2,01* 0,10	-0,14 -0,01	-0,26 -0,01	0,78 0,02	-1,36* -0,07	0,09 0,01	0,60 0,03	0,68 0,02	0,13 0,01	1,03* 0,08	1,43* 0,08	1,40 0,05	0,01 0,00
IMW	0,91 0,03	3,77* 0,13	-2,60 -0,06	0,56 0,02	-1,17 -0,04	-3,64* -0,13	-0,98 -0,02	0,21 0,01	0,73 0,03	2,23* 0,09	-1,87 -0,05	1,12 0,05	-0,74 -0,03	-2,06* -0,07	0,36 0,01	-0,21 -0,01
IUA	-1,62* -0,05	-3,30* -0,05	-1,38 -0,01	-1,19* -0,04	1,57* 0,05	5,13* 0,08	-1,24 -0,01	-0,32 -0,01	-2,68* -0,10	-1,20 -0,02	4,77 0,05	-3,31* -0,12	-0,43 -0,01	1,29 0,02	-1,46 -0,01	-1,30 -0,04
Konstante	7,43		7,16		7,01		7,24		4,89		4,68		3,31		3,45	
R ² (korrigiert)	0,116		0,126		0,091		0,110		0,064		0,074		0,056		0,054	
N	1337		1337		1338		1338		1323		1323		1308		1308	

Die oberen Koeffizienten sind normale Regressionskoeffizienten, die unteren sind beta-Koeffizienten

*: Signifikant mit $p < 0,05$, einseitiger Test

a: Nicht berufstätig

b: Berufstätig im öffentlichen Dienst

c: Berufstätig außerhalb des öffentlichen Dienstes

Koeffizienten ebenso zeigen wie Regressionen der vier Parteienskalometer auf IVS allein einerseits und die übrigen vier ökonomischen Indizes andererseits. Bei allen vier Parteien gehen mehr als 80 Prozent der in den Skalometern durch die Modelle der Tabelle 5 gebundenen Varianz auf das Konto von IVS. Angesichts der hohen Korrelation zwischen IAW und IPW ist eine definitive Aussage über die Gültigkeit der Hypothese H 4.3 schlecht möglich, da aber die theoretisch plausible kausale Abfolge so ist, daß IPW auf IAW stärker wirkt als umgekehrt, ist auch diese Hypothese wahrscheinlich von der Wirklichkeit nicht weit entfernt. Man muß aber wohl davon ausgehen, daß der politische Effekt von IPW zu einem gewissen Teil über IAW vermittelt wird.

Die Differenzierung der politischen Auswirkungen der ökonomischen Variablen für die drei Teilgruppen führt überwiegend nicht zu einer Bestätigung von H 4.4. Bei den Bewertungen der GRÜNEN wird die Güte des Modells durch dieses Verfahren überhaupt nicht verbessert. Entgegen der Hypothese zeigen die Koeffizienten, daß die Einstellungen zu dieser Partei nicht etwa bei den außerhalb des öffentlichen Dienstes Erwerbstätigen am stärksten durch ökonomische Variablen geprägt werden, sondern vielmehr bei den überhaupt nicht Erwerbstätigen. Von einigen Ausnahmen abgesehen, gilt dies auch für die übrigen Parteien. Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage und persönlicher Wohlstand wirken sich auf die Sympathien gegenüber den politischen Parteien am stärksten bei den gar nicht Erwerbstätigen aus. Persönliche ökonomische Zufriedenheit hängt mit Einstellungen gegenüber den zwei großen Parteien am engsten bei denjenigen Befragten zusammen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erwerbstätig sind. Bei den gleichen Befragten vermindert die Unsicherheit des Arbeitsplatzes positive Bewertungen der Regierungsparteien am stärksten. Die Parteibindungen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden schließlich durch die ökonomischen Indizes am wenigsten beeinflusst. Vielleicht könnte diese Zurückweisung der Hypothese H 4.4 am ehesten dadurch erklärt werden, daß die Parteibindungen der Erwerbstätigen nicht notwendigerweise anders, wohl aber stabiler sind als diejenigen der Nicht-Erwerbstätigen.

4.6. Wahlverhalten

Die Ergebnisse zur Hypothese H 5.1 können nicht für alle vier Parteien auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden. Bei den beiden großen Parteien haben alle signifikanten Koeffizienten das erwartete Vorzeichen. Stärkere Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat bewirkt eine höhere Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für die Unionsparteien. Die Indizes der objektiven persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen, daß die Befragten um so eher den Unionsparteien (den Sozialdemokraten) ihre Stimme geben wollten, je höher (niedriger) ihr persönlicher Wohlstand und die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Tabelle 6: Regression der Wahlabsicht auf Parteiskalometer und ökonomische Indizes

Erklärungs- variable	CDU/CSU				SPD				FDP				GRÜNE			
	Total	a	b	c	Total	a	b	c	Total	a	b	c	Total	a	b	c
Parteiskalo- meter	0,09* 0,60		0,09* 0,60		0,09* 0,59		0,09* 0,59		0,01* 0,18		0,01* 0,18		0,03* 0,36		0,03* 0,36	
IVS	-0,11* -0,11	-0,14* -0,10	-0,14* -0,05	-0,05 -0,03	0,07* 0,07	0,04 0,03	0,11* 0,04	0,07* 0,04	-0,02* -0,06	0,00 0,00	-0,03 -0,03	-0,05* -0,08	0,01 0,02	0,01 0,02	0,05 0,04	0,00 0,00
IAW	-0,03 -0,01	-0,08 -0,03	0,11 0,02	-0,03 -0,01	-0,06 -0,03	-0,14* -0,05	0,00 0,00	-0,01 0,00	-0,05* -0,06	-0,02 -0,02	-0,02 -0,01	-0,09* -0,08	-0,14* -0,13	-0,16* -0,13	-0,04 -0,02	-0,08 -0,05
IPW	-0,03 -0,01	-0,08 -0,03	0,17 0,03	-0,02 -0,01	0,00 0,00	0,13* 0,04	-0,36* -0,07	-0,01 0,00	0,04* 0,06	0,02 0,02	0,01 0,04	0,06* 0,06	0,07* 0,07	0,08* 0,06	0,06 0,03	0,03 0,02
IMW	0,14 0,03	0,16 0,03	0,12 0,02	0,09 0,02	-0,25* -0,06	-0,22* -0,05	0,24 0,04	-0,34* -0,08	0,20* 0,13	0,17* 0,11	0,10 0,05	0,22 0,15	-0,04 -0,02	-0,11 -0,05	0,11 0,04	-0,03 -0,02
IUA	-0,14 -0,03	-0,51* -0,05	0,22 0,01	-0,07 -0,01	0,34* 0,07	0,38 0,04	0,23 0,01	0,46* 0,09	0,07 0,04	0,06 0,02	0,33 0,05	0,01 0,00	-0,06 -0,03	0,07 0,02	0,00 0,00	-0,06 -0,02
Konstante	-0,26		-0,25		-0,27		-0,29		-0,07		-0,06		-0,08		-0,07	
R ² (korrigiert) nur Skalometer	0,405		0,405		0,380		0,380		0,037		0,037		0,147		0,147	
R ² (korrigiert) total	0,417		0,417		0,394		0,396		0,063		0,066		0,157		0,155	
N	1337		1337		1338		1338		1323		1323		1308		1308	

Die oberen Koeffizienten sind normale Regressionskoeffizienten, die unteren sind beta-Koeffizienten.

*: Signifikant mit $p < 0,05$, einseitiger Test

a: Nicht berufstätig

b: Berufstätig im öffentlichen Dienst

c: Berufstätig außerhalb des öffentlichen Dienstes

Im Fall der F.D.P. haben zwei der Koeffizienten das falsche Vorzeichen, einer davon ist signifikant von Null verschieden. Je schlechter die Befragten die allgemeine Wirtschaftslage einschätzen und je pessimistischer sie diesbezüglich waren, desto eher wollten sie diese Partei wählen. Zusammen mit dem deutlich positiven Koeffizienten von IMW könnte dies dergestalt interpretiert werden, daß die F.D.P. (mit ihrer neuen bzw. traditionellen Reputation als „Wirtschaftspartei“) nicht nur von den Wohlhabenderen stärker unterstützt wurde, sondern auch von denjenigen, welche die Auffassung vertraten, daß die allgemeine Wirtschaftslage verbesserungswürdig sei und die F.D.P. hierfür besonders kompetent. In einem gewissen Ausmaß könnten ökonomische Wahrnehmungen dergestalt auch Verschiebungen von Wählerpräferenzen zwischen den Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition bewirkt haben.

Bei den GRÜNEN schließlich sind nur zwei Koeffizienten signifikant von Null verschieden, diejenigen von IAW und IPW. Während der erstere das erwartete Vorzeichen aufweist — von der allgemeinen Wirtschaftslage enttäuschte Befragte werden eher Oppositionsparteien bevorzugen — ist dies bei dem letzteren Koeffizienten nicht der Fall. Zufriedenheit und Optimismus hinsichtlich der persönlichen wirtschaftlichen Situation steigern eher die Neigung der Befragten, eine Wahlabsicht zugunsten der GRÜNEN anzugeben. Sie sind sicherlich nicht die Partei der ökonomisch benachteiligten und pessimistischen Wähler. Dies stimmt natürlich mit wohlbekannten Erkenntnissen über die Zusammensetzung der gegenwärtigen Protestbewegungen in der Bundesrepublik überein, die ihren Auftrieb nicht so sehr durch ökonomische Unzufriedenheit erhalten, sondern durch die hohe Priorität für „postmaterialistische“ Themen und Werthaltungen besonders bei solchen Menschen, die wenig Grund haben, sich über ihre persönlichen wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu beschweren.

Da das Wahlverhalten mit Parteisymphathien eng zusammenhängt, wurden die in Tabelle 6 wiedergegebenen Regressionen in zwei Stufen durchgeführt. Im ersten Schritt wurden nur die jeweiligen Parteienskalometer als Erklärungsvariablen einbezogen, im zweiten Schritt wurden alle ökonomischen Indizes hinzugefügt. Ein Vergleich der korrigierten Werte des multiplen Determinationskoeffizienten zeigt, daß der Großteil der durch die vollständigen Modelle gebundenen Varianz in den Wahlabsichten auf die Parteibindungen zurückgeht. Die Zuwächse von R^2 , die sich aus der Hinzufügung der ökonomischen Indizes ergeben, sind jedoch bei allen vier Parteien mit fünf Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit signifikant; die ökonomischen Indizes üben über die Parteibindungen hinausgehende selbständige Effekte auf das Wahlverhalten aus.

Die Hypothese H 5.2 trifft für die Unionsparteien zu. Bei dieser Partei ist nur die Wirkung der ökonomischen Ideologie auf das Wahlverhalten statistisch signifikant. Bei der SPD andererseits sind die zwei Dimensionen der objektiven persönlichen Lebensverhältnisse, materieller Wohlstand und Unsicherheit des

Arbeitsplatzes, ebenso wichtig für die Stimmabgabe wie die ökonomische Ideologie. Auch bei der F.D.P. hängt IVS signifikant mit den Wahlabsichten zusammen, die Effekte der meisten übrigen ökonomischen Indizes sind jedoch ebenso stark oder noch stärker. Bei den GRÜNEN schließlich ist der Koeffizient von IVS nicht einmal signifikant. Wie man diese Partei auf der Sympathieskala bewertet, hat mit der ökonomischen Ideologie eine Menge zu tun (Tabelle 5), die Stimmabgabe für die GRÜNEN wird jedoch durch die ökonomische Ideologie beinahe ausschließlich auf dem Umweg über die Sympathie gegenüber dieser Partei beeinflusst.

Die Hypothese H 5.3 trifft mit Ausnahme der GRÜNEN bei allen übrigen Parteien zu. Die persönlichen ökonomischen Lebensbedingungen, Zufriedenheit und Optimismus sind wichtiger für das Wahlverhalten als Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage. Dies widerspricht natürlich etwas den Aussagen, die man häufig über die Vereinigten Staaten findet, daß nämlich private ökonomische Probleme selten politisiert werden, wogegen die politischen Eliten als für die gesamtwirtschaftliche Situation verantwortlich angesehen werden, und zwar unabhängig von ihren Auswirkungen auf die persönlichen Lebensbedingungen (Feldmann 1982, 1983). Es wurde bereits weiter oben festgestellt, daß erheblicher Grund zum Zweifel besteht, in der Bundesrepublik ebenfalls von einer politischen Kultur auszugehen, der eine Ethik der Selbstverantwortung und der individuellen Bewältigung von Problemlagen zugrundeliegt. Dementsprechend haben persönliche ökonomische Erfahrungen und Erwartungen in der Bundesrepublik viel stärkere Konsequenzen als in den Vereinigten Staaten für die Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage und für politische Einstellungen und Verhaltensweisen.

Im Gegensatz zu den in Tabelle 5 festgehaltenen Ergebnissen über Sympathie gegenüber den drei etablierten Parteien zeigen die Werte von R^2 in Tabelle 6, daß die Differenzierung der politischen Reaktion auf ökonomische Verhältnisse nach der Stellung im Erwerbsleben bei der Untersuchung des Wahlverhaltens keine beeindruckende Steigerung der Erklärungskraft bewirkt. Die Gültigkeit der Hypothese H 5.4 wird damit zumindest stark in Zweifel gezogen. Bei Wahlabsichten für die GRÜNEN und die Unionsparteien steigt R^2 gegenüber den einfacheren Modellen in der jeweiligen ersten Spalte überhaupt nicht an. Die geringfügigen Zuwächse bei den anderen beiden Parteien sind statistisch nicht signifikant. Das Muster der Koeffizienten entspricht bei der F.D.P. insgesamt noch am ehesten der Hypothese H 5.4.

Bei der SPD widersprechen die Koeffizienten von IAW und IPW dieser Hypothese ganz eindeutig, während diejenigen der beiden Dimensionen der objektiven persönlichen Lebensumstände sie unterstützen. Diese politischen Effekte sind am kleinsten für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und am stärksten für die außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten. Bei diesen

beiden Dimensionen zeigt Tabelle 6 eine interessante Inkongruenz mit dem Einfluß persönlichen Wohlstandes und der Unsicherheit des Arbeitsplatzes auf die Sympathiebewertung der Sozialdemokraten. Weniger wohlhabend und der Unsicherheit des Arbeitsmarktes mehr ausgesetzt zu sein, bewirkt keine günstigeren Bewertungen der Sozialdemokraten auf dem Parteienskalometer, verstärkt aber signifikant die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für diese Partei. Insgesamt gesehen können wir jedoch mit einiger Sicherheit nur sagen, daß die Stellung im Erwerbsleben die politischen Reaktionsmuster auf ökonomische Variablen nicht sehr stark beeinflußt. Man kann ebenfalls festhalten, daß verschiedene Bestandteile ökonomischer Einstellungen und Bedingungen sich in den Wahlabsichten für die verschiedenen Parteien in unterschiedlicher Stärke niederschlagen. Wahlabsichten für die Unionsparteien werden am stärksten gefärbt durch die ökonomische Ideologie, sie werden begünstigt durch geringe Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat. Wahlabsichten für die Sozialdemokraten und die F.D.P. werden am stärksten durch Veränderungen der objektiven persönlichen wirtschaftlichen Lage beeinflußt, solche für die GRÜNEN hängen am stärksten von Wahrnehmungen, Bewertungen und Erwartungen hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage ab.

4.7. Interaktionen zwischen der ökonomischen Lage und der ökonomischen Verantwortung des Staates

Die abschließend vorgetragene Hypothese (H 5.5) sagt voraus, daß das Ausmaß des Einflusses ökonomischer Einstellungen und Zustände auf politisches Verhalten eine Funktion der dem Staat attribuierten ökonomischen Verantwortung sein sollte. Die Logik hinter dieser Hypothese ist einfach und weit verbreitet: Damit irgendein Problem politisch relevant wird, sei es Gesundheitsvorsorge, Kriminalität, saurer Regen oder Arbeitslosigkeit, muß die Überzeugung vorhanden sein, daß die jeweilige Regierung oder das politische System insgesamt — zumindest teilweise — die Schuld an dem Problem trifft und/oder dort die Zuständigkeit für Lösungen des Problems liegt. Solange jemand glaubt, daß das politische System oder die Regierung mit der Existenz des Problems oder seiner Beseitigung nichts zu tun hat, sollte man nicht erwarten, daß dieses Problem in den politischen Entscheidungskalkül dieser Person Eingang findet.

Um die empirische Gültigkeit dieser Hypothese zu prüfen, wurden zwei weitere Modelle für die Wahlabsichten für jede der vier Parteien geschätzt. Zunächst wurde IVS auf einen Wertebereich zwischen 0 und 1 umskaliert, dann wurden IAW, IPW, IMW und IUA mit IVS multipliziert, um vier neue Variablen zu erzeugen, in denen diese ursprünglichen vier Indizes durch die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung gewichtet sind. Dabei wird natürlich angenommen, daß IVS in der Tat ein gültiges Maß dieser Dimension der Zuschreibung staatlicher Verantwortung für die Wirtschaft ist.

Die Wahlabsichten für die vier Parteien wurden einerseits auf diese vier neuen Indizes alleine regrediert, andererseits auf die fünf ursprünglichen ökonomischen Indizes und zuzüglich die vier neugebildeten Indizes. Das erste Modell nimmt an, daß IVS keinen selbständigen Effekt auf das Wahlverhalten hat, sondern nur als Regler wirkt, um politische Auswirkungen der übrigen vier ökonomischen Indizes zuzulassen oder auszuschließen. Das Modell nimmt überdies an, daß die politischen Auswirkungen eines jeden der übrigen ökonomischen Indizes — gemessen durch ihre Regressionskoeffizienten — von IVS in der Form einer einfachen multiplikativen Ähnlichkeitsfunktion abhängen. Das zweite Modell erlaubt einen unabhängigen Effekt von IVS auf das Wahlverhalten — über die Filterfunktion bezüglich der anderen vier Indizes hinaus — und spezifiziert die Koeffizienten dieser übrigen vier Indizes als lineare Funktionen (nicht Ähnlichkeitsfunktionen) von IVS.

Den Resultaten der Schätzung nach muß die Hypothese H 5.5 völlig zurückgewiesen werden. Die einfachen Regressionen der ersten Gruppe haben bei allen vier Parteien erheblich geringere Varianzreduktionskraft als die für die gesamte Stichprobe einheitlich geschätzten Modelle der Tabelle 6. Besonders für die CDU/CSU und die F.D.P. steigt das korrigierte R^2 gegenüber Regressionen nur auf die jeweiligen Skalometer kaum, wenn die vier mit IVS multiplizierten ökonomischen Indizes hinzugefügt werden. Die komplexeren interaktiven Modelle schneiden nicht sehr viel besser ab. In keinem Fall liegt R^2 höher als in Tabelle 6, obwohl die Zahl der unabhängigen Variablen um vier höher ist. Überdies ergeben die Größenordnungen der geschätzten Koeffizienten im allgemeinen wenig Sinn. Nach der Hypothese sollten die Effekte der übrigen vier ökonomischen Indizes auf die Wahlabsichten um so stärker sein, je größer IVS. Man beobachtet jedoch oft das Gegenteil, einige Beziehungen ändern sogar bei steigendem IVS ihre Richtung.

Wie stets stehen zwei Interpretationen für diese Enttäuschung der Erwartungen zur Verfügung. Man könnte erstens behaupten, daß IVS angesichts der Beschränkung auf nur zwei Dimensionen kein gültiges Maß der dem Staat durch die Befragten attribuierten Verantwortung für die Regelung makroökonomischer Bedingungen und für die Gewährleistung adäquater persönlicher ökonomischer Lebensbedingungen ist. Alternativ ist die Hypothese H 5.5 zurückzuweisen zugunsten der Aussage, daß die Reaktion des Wahlverhaltens auf ökonomische Einstellungen und Verhältnisse in der Bundesrepublik gleichförmig und unabhängig von der Attribution ökonomischer Verantwortung an den Staat erfolgt. Die erste Interpretation wäre natürlich der leichteste Ausweg: Durch den Verweis auf Schwächen der operationalen Definition wird die Hypothese gerettet. Da wir keine alternativen Maße für dem Staat zugeschriebene ökonomische Verantwortung in dieser Umfragestudie zur Verfügung haben, kann diese bequeme Strategie der Immunisierung der Theorie gegen empirische

Widerlegung leider nicht ganz ausgeschlossen werden. Man kann nur sagen, daß mit diesen Daten die Hypothese nicht als bestätigt gelten kann, so plausibel sie sonst auch klingen mag.

4.8. *Parteibindung und politische Reaktion auf ökonomische Variablen*

Die Vorstellung der empirischen Ergebnisse über die im zweiten Teil des Beitrags aufgeführten Hypothesen ist nun abgeschlossen. Einige dieser Hypothesen wurden bestätigt, andere nicht. Erstaunlicherweise schnitten diejenigen Hypothesen, die eine Art „rationalen“ Zusammenhanges annahmen, nicht sehr beeindruckend ab, nämlich die Vorstellungen, daß die politische Reaktion um so stärker sein sollte, je „dichter“ die Befragten mit ihren persönlichen Erfahrungen und ihrer Betroffenheit am Kernproblem der gegenwärtigen ökonomischen Krise, der Arbeitslosigkeit, angesiedelt seien, je größer ferner die dem Staat zugeschriebene ökonomische Verantwortung. Angesichts der Enttäuschung dieser Erwartungen wird nun abschließend eine alternative Erklärung ökonomisch-politischer Zusammenhänge auf der Individualebene vorgelegt, die weniger Rationalität annimmt, sondern von den übergreifenden Auswirkungen der Parteibindung nicht nur direkt auf das Wahlverhalten ausgeht, sondern auch auf die Beziehung zwischen ökonomischen Variablen und dem Wahlverhalten.

Sowohl die bekannte und in Anlehnung an Downs formulierte „Anti-Regierungs-Hypothese“ und die „Klientelhypothese“ über die politischen Auswirkungen ökonomischer Einstellungen sagen nicht voraus, daß diese Effekte bei Anhängern verschiedener Parteien verschieden sein sollten. Diese Hypothesen unterscheiden sich einfach in ihrer theoretischen Ableitung und — je nach Zusammensetzung der Regierung — manchmal in der Richtung ihrer Vorhersagen. Die „Klientelhypothese“ enthält jedoch implizit die Möglichkeit, daß die politischen Auswirkungen von ökonomischen Variablen je nach Parteibindung unterschiedlich ausfallen. Wenn hohe und/oder steigende Arbeitslosigkeit oder (direkte oder indirekte) persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit — entsprechend dieser Hypothese — nicht notwendigerweise mit einem Anti-Regierungs-Effekt einhergehen sollten, sondern mit steigender Unterstützung für diejenigen Parteien, die traditionell als aufgeschlossener gegenüber den Interessen derjenigen Menschen oder Schichten wahrgenommen werden, die von Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind — und zwar unabhängig von der Regierungsbeteiligung dieser Parteien — dann könnte diese Reaktion bei allen Wählern auftreten oder bei den traditionellen Anhängern dieser bestimmten Parteien konzentriert sein. Im ersteren Fall würde Arbeitslosigkeit als allgemeines oder persönliches Problem die Neigung *aller* Wähler zur Stimmabgabe für diese Parteien (besonders natürlich sozialdemokratische Parteien) verstärken. Im zweiten Fall würde dieser Effekt auf die traditionellen Anhänger dieser Parteien beschränkt sein, ihre Parteibindungen verstärken und Abwanderungsraten bei Wahlen verringern. Leider ist die verfügbare Literatur,

welche die Gesichtspunkte der Parteibindung, des klassen- oder gruppenspezifischen Wahlverhaltens und der ökonomischen Einflüsse auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen zusammenbringt, bis jetzt noch nicht um eine genaue Klärung bemüht gewesen, ob die Identifikation politischer Parteien mit bestimmten Schichten und ökonomischen Interessen allgemeine oder gruppen- und schichtenspezifische Vorhersagen über die politischen Auswirkungen bestimmter ökonomischer Probleme hervorbringt und welche Folgen in diesem Zusammenhang die Zusammensetzung des Elektorats aus verschiedenen Klientengruppen hat (s. den Beitrag von Zintl in diesem Band).

Wenn wir diese Möglichkeit ernst nehmen, daß die politische Reaktion auf ökonomische Probleme bei Anhängern verschiedener politischer Parteien unterschiedlich sein kann, dann kann man sie in empirische Schätzungen überführen, indem man jeden der fünf ökonomischen Indizes separat für Anhänger der verschiedenen Parteien definiert — ebenso wie es früher nach der Stellung im Erwerbsleben getan wurde. Dies wurde hier danach bewerkstelligt, welcher Partei die Befragten auf den Parteienskalometern die größte Sympathie entgegenbrachten. Da 268 Befragte nicht eindeutig als der einen oder anderen Partei am nächsten stehend klassifiziert werden konnten, wurden die ökonomischen Indizes auch für diese Gruppe getrennt definiert, so daß jeder der fünf ursprünglichen Indizes fünffach aufgespalten wird.

Die Ergebnisse der Regressionen der Wahlabsichten auf diese neu definierten ökonomischen Indizes sind in Tabelle 7 wiedergegeben. Die Erklärungskraft dieser Modelle ist erheblich höher als diejenige der Modelle in Tabelle 6. Bei allen vier Parteien erklären die so definierten Indizes ökonomischer Einstellungen und Bedingungen mehr als zehn Prozent der Varianz in den Wahlabsichten über die Parteibindungen hinaus. Tabelle 7 enthält eine Art Matrix von Abwanderungs- oder Verstärkungswahrscheinlichkeiten als Reaktion auf ökonomische Einstellungen oder Gegebenheiten. Die Koeffizienten der Tabelle zeigen für jede der fünf nach Parteisymphathien definierten Gruppen, wie die Wahlabsichten mit den ökonomischen Indizes zusammenhängen.

Die verständlichste Zusammenfassung dieser Ergebnisse erhält man, wenn man bei jeder Wahlabsicht die Spalte der Befragten betrachtet, die der jeweiligen Partei am nächsten stehen. Abgesehen von der ökonomischen Ideologie in der Gleichung der CDU/CSU-Anhänger folgen alle diese Ergebnisse einem einheitlichen Muster. Außer dem Koeffizienten von IUA für die F.D.P. und die GRÜNEN sind alle diese Koeffizienten signifikant von Null verschieden. Die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für diejenige Partei, der man sich am nächsten fühlt, hängt positiv mit IVS, IPW, IMW und IUA zusammen, negativ mit IAW. Inhaltlich gibt das einen recht einfachen Sachverhalt wieder. Anhänger einer jeden Partei bleiben bei der Wahl um so eher bei „ihrer“ Partei, je mehr ökonomische Verantwortung sie der Regierung zuschreiben, je schlechter sie die allgemeine Wirtschaftslage wahrnehmen, bewerten und vorhersagen,

je zufriedener und optimistischer sie hinsichtlich ihrer privaten wirtschaftlichen Situation sind, je wohlhabender sie sind und je betroffener sie von den Unsicherheiten des Arbeitsmarktes sind. Umgekehrt wird eine Abwanderung um so wahrscheinlicher, je besser die allgemeine Wirtschaftslage wahrgenommen wird, je schlechter die objektiven und perzipierten persönlichen ökonomischen Lebensbedingungen sind und je weniger Probleme des Arbeitsmarktes persönlich erfahren worden sind.

Tabelle 7: Regression der Wahlabsicht auf Parteiskalometer und ökonomische Indizes nach Parteisymmetrie

Erklärungsvariable	CDU/CSU					SPD				
	Nahestehendste Partei					Nahestehendste Partei				
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	KEINE	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	KEINE
Parteiskalometer			0,05*					0,04*		
			0,30					0,28		
IVS	-0,07*	-0,05*	-0,26*	-0,10	-0,11*	-0,04	0,11*	0,10	-0,15*	0,19*
	-0,04	-0,04	-0,04	-0,03	-0,04	-0,02	0,07	0,01	-0,04	0,07
IAW	-0,35*	0,30*	0,44	0,37*	0,00	0,16*	-0,37*	0,34	0,16	-0,02
	-0,11	0,10	0,03	0,06	0,00	0,06	-0,12	0,02	0,03	0,00
IPW	0,24*	-0,27*	-0,36	-0,35*	0,11	-0,14*	0,33*	-0,49*	0,07	0,09
	0,07	-0,08	-0,03	-0,04	0,02	-0,04	0,10	-0,05	0,01	0,02
IMW	0,68*	-0,68*	0,10	0,00	-0,31	-0,72*	0,80*	-0,19	-0,58*	-0,41*
	0,16	-0,13	0,01	0,00	-0,05	-0,17	0,16	-0,01	-0,06	-0,06
IUA	0,43*	-0,43*	-1,10	-0,16	-0,37	-0,12	0,69*	1,13	-0,18	0,02
	0,06	-0,07	0,04	-0,01	-0,03	-0,02	0,11	0,04	-0,01	0,00
Konstante			0,09					0,05		
R ² (korrigiert)			0,534					0,536		
N			1337					1338		

Erklärungsvariable	FDP					GRÜNE				
	Nahestehendste Partei					Nahestehendste Partei				
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	KEINE	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	KEINE
Parteiskalometer			0,004*					0,01*		
			0,07					0,13		
IVS	-0,02*	0,00	0,15*	-0,06*	-0,06*	-0,01	-0,01	0,09	0,32*	-0,01
	-0,04	0,00	0,07	-0,05	-0,09	-0,02	-0,01	0,03	0,20	-0,01
IAW	-0,02	0,01	-1,14*	0,04	-0,03	0,02	-0,01	-0,29*	-1,07*	-0,04
	-0,02	0,01	-0,24	0,02	-0,02	0,02	-0,01	-0,05	0,41	-0,02
IPW	0,01	-0,03	0,62*	0,17*	0,14*	-0,02	0,03	0,38*	0,26*	-0,01
	0,01	-0,03	0,17	0,06	0,07	-0,01	0,02	0,08	0,07	-0,01
IMW	0,12*	0,09	0,66*	0,28*	0,19*	-0,06	-0,11*	-0,32*	0,35*	0,16*
	0,09	0,05	0,16	0,08	0,08	-0,03	-0,05	-0,06	0,08	0,05
IUA	-0,02	0,06	0,19	0,22	0,15	-0,02	-0,04	-0,57	0,08	0,00
	-0,01	0,03	0,02	0,04	0,03	-0,01	-0,01	-0,04	0,01	0,00
Konstante			-0,03					0,00		
R ² (korrigiert)			0,221					0,463		
N			1323					1308		

Die oberen Koeffizienten sind normale Regressionskoeffizienten, die unteren sind beta-Koeffizienten

*: Signifikant mit $p < 0,05$, einseitiger Test

Dieses Muster enthält klare spiegelbildliche Wanderungsmuster, besonders zwischen den beiden großen Parteien: Anhänger der SPD wählen die Unionsparteien bei ungefähr den gleichen ökonomischen Einstellungen und Verhältnissen, bei denen Anhänger der Unionsparteien die Sozialdemokraten wählen. Abwanderungen von den zwei großen Parteien zu den zwei kleinen Parteien spielen keine beträchtliche Rolle. Eine Ausnahme ist möglicherweise, daß die wohlhabenderen Anhänger der größeren beiden Parteien eher der F.D.P. ihre Stimme geben und mit geringerer Wahrscheinlichkeit die GRÜNEN wählen.

Eine zusammenfassende inhaltliche Interpretation der vergleichsweise guten Erklärungsleistung der Modelle der Tabelle 7 sieht ziemlich anders aus als die umlaufenden theoretischen Aussagen zum Effekt ökonomischer Einstellungen und Verhältnisse auf das Wahlverhalten. Weder die einfache „Anti-Regierungshypothese“ noch die Vorstellung, daß bestimmte ökonomische Bedingungen stets eine bestimmte Partei auf Kosten bestimmter anderer Parteien begünstigen würden, werden im Fall der Bundestagswahl 1983 sehr beeindruckend bestätigt. Statt dessen findet man, daß Parteibindungen politisches Verhalten nicht nur direkt beeinflussen, sondern auch sehr stark die politische Reaktion auf ökonomische Variablen färben. Wir beobachten eine Kombination aus Bestrafung/Belohnung und Zusammenrücken/Abwanderung hinsichtlich der Partei, der man nahesteht. Belohnung und Bestrafung charakterisieren die politischen Auswirkungen der Wahrnehmung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und des objektiven Wohlstandes. Je wohlhabender, persönlich zufriedener und optimistischer Wähler sind, desto weniger Grund haben sie, bei ihrem Wahlverhalten von den Parteien abzuweichen, bei denen sie sich sonst zu Hause fühlen. Unter den umgekehrten Umständen wählen sie mit viel höherer Wahrscheinlichkeit eine andere Partei. Zusammenrücken und Abwanderung beschreiben, was Wahrnehmungen der allgemeinen Wirtschaftslage und die Unsicherheiten des Arbeitsplatzes für die politischen Parteien bedeuten. Je bedrohlicher der Arbeitsmarkt und die wahrgenommene allgemeine Wirtschaftslage, desto enger ist der Zusammenhang zwischen Parteibindung und Wahlverhalten, desto weniger Abwanderung zu anderen Parteien findet statt. Umgekehrt wählen diejenigen, die geringere ökonomische Bedrohung verspüren — sei es im allgemeinen oder speziell hinsichtlich ihrer Beschäftigung — viel eher andere Parteien als diejenigen, der sie prinzipiell am nächsten stehen.

5. Schlußbemerkungen

Die empirischen Analysen dieses Beitrags hatten zwei Fragenkomplexe zum Gegenstand, wie nämlich auf der Individualebene verschiedene Dimensionen ökonomischer Einstellungen und Verhältnisse untereinander zusammenhängen und durch Parteiensympathie mitgeprägt werden und wie sie sich zweitens auf das Wahlverhalten auswirken. Der Bestätigungsgrad der einzelnen Hypothesen ist in Tabelle 8 zusammengefaßt. Die Ergebnisse zum ersten Problembereich

ergeben ein relativ einfaches und plausibles Bild, das weitgehend die eingangs formulierten Hypothesen bestätigt. Wahrnehmungen und Bewertungen der persönlichen wirtschaftlichen Lage werden sehr stark durch den tatsächlichen persönlichen Wohlstand geprägt, die objektiven ökonomischen Lebensumstände und ihre Beurteilung stellen zusammen wichtige Determinanten der Einstellungen und Erwartungen zur allgemeinen Wirtschaftslage dar. Die Sympathie gegenüber den Parteien schlägt sich in Einstellungen zur allgemeinen und zur persönlichen wirtschaftlichen Situation nur relativ geringfügig nieder, beein-

Tabelle 8: Bestätigungsgrad der Hypothesen

<u>Hypothese</u>	<u>bestätigt?</u>
1.1	ja
1.2	ja
1.3	ja
1.4	ja
1.5	nein
2.1	teilweise
2.2	teilweise
2.3	ja
2.4	ja
3.1	ja
3.2	nein
4.1	teilweise
4.2	ja
4.3	teilweise
4.4	nein
5.1	teilweise
5.2	teilweise
5.3	ja
5.4	nein
5.5	nein

flußt jedoch in beträchtlichem Umfang die Attribution von ökonomischer Verantwortung an den Staat. Die erwarteten unterschiedlichen Ausprägungen dieser Zusammenhänge je nach Stellung im Erwerbsleben werden jedoch nur zum Teil und in unsystematischen Mustern empirisch vorgefunden. Diese Differenzierung der Analyse ist weniger fruchtbar als vorhergesagt.

Auch hinsichtlich des zweiten Problembereiches, den Auswirkungen der ökonomischen Variablen auf das Wahlverhalten, zeigt sich, daß diese Differenzierung der Untersuchung nach der Stellung der Befragten im Erwerbsleben weitgehend verzichtbar ist (im Gegensatz zur Erklärung von Parteisympathie). In erster Linie hängt die Wahlabsicht natürlich von der Parteibindung ab, daneben existieren aber teilweise signifikante unabhängige Effekte der ökonomischen Variablen. Wie oben ausführlich behandelt, sind sie jedoch nicht für alle Parteien einheitlich darstellbar. Zwar entsprechen die Ergebnisse ihrer Richtung nach im großen und ganzen den Hypothesen, die Bedeutung einzelner ökonomischer Variablen für Wahlabsichten für die verschiedenen Parteien differiert jedoch beträchtlich. So hat etwa auf Wahlabsichten für die Unionsparteien nur die Attribution von ökonomischer Verantwortung an den Staat einen signifikanten Einfluß, bei Wahlabsichten für die Sozialdemokraten kommen als signifikante Faktoren der persönliche Wohlstand und die Erfahrung mit Problemen des Arbeitsmarktes hinzu.

Zwei der Ergebnisse dieser Untersuchung bedürfen eindeutig weiterer theoretischer und empirischer Erforschung: Erstens der Fehlschlag der Hypothese H 5.5 über die interaktive Vermittlung der politischen Effekte ökonomischer Variablen durch die dem Staat attribuierte ökonomische Verantwortung. Es kann einfach nicht ausgeschlossen werden, daß der Attributionsaspekt in unserer Umfragestudie nicht adäquat erfaßt wurde. Leider ist dieser Kritikpunkt auf sehr viele der für die Sekundäranalyse verfügbaren Datensätze anwendbar, die ökonomische Einstellungen und Lebenslagen der Befragten enthalten. Zweitens ist der im letzten Abschnitt vorgeführte Befund weiterzuvorforschen, wonach weder die einfache „Anti-Regierungen-Hypothese“ noch die „Klientelhypothese“ die erklärungskräftigsten Modelle liefern, sondern die Überlegung, daß Parteibindungen neben ihrem direkten Einfluß auf das Wahlverhalten auch die Form der politischen Reaktion auf ökonomische Einstellungen und persönliche Verhältnisse bestimmen. Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit zu haben oder sich davor zu fürchten, führt eben nicht zu Wählerwanderungen von Regierungsparteien zu Oppositionsparteien — oder zur Verstärkung der Sozialdemokraten als der vermutlichen „Interessenpartei“ — vielmehr steigt die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die generell sympathischste Partei, die Abfallsrate sinkt. Solche hier empirisch beschriebenen Prozesse bedürfen der weiteren Absicherung und sorgfältiger Fundierung.

Literatur

- Downs, A.*, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York.
- Falter, J. W./Rattinger, H.*, 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. S. 320–421 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Feldman, S.*, 1982: Economic Self-Interest and Political Behavior. *American Journal of Political Science* 26: 446–466.
- , 1983: Economic Individualism and American Public Opinion. *American Politics Quarterly* 11: 3–29.
- Frey, B. S./Schneider, F.*, 1982: Politico-Economic Models in Competition with Alternative Models: Which Predict Better? *European Journal of Political Research* 10: 241–254.
- Hibbs, D. A.*, 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71: 1467–1487.
- , 1979: The Mass Public and Macroeconomic Performance. *American Journal of Political Science* 23: 705–731.
- , 1982a: On the Demand for Economic Outcomes: Macroeconomic Performance and Mass Political Support in the United States, Great Britain, and Germany. *Journal of Politics* 44: 426–462.
- , 1982b: Economic Outcomes and Political Support for British Governments among Occupational Classes. *American Political Science Review* 76: 259–279.
- , 1982c: The Dynamics of Political Support for American Presidents among Occupational and Partisan Groups. *American Journal of Political Science* 26: 312–332.
- Jung, H.*, 1982: *Wirtschaftliche Einstellungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Paderborn.
- Kiewiet, D. R.*, 1983: *Macroeconomics and Micropolitics: The Electoral Effects of Economic Issues*. Chicago.
- Kirchgässner, G.*, 1977: *Wirtschaftslage und Wählerverhalten: Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1976*. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 510–536.
- , 1983: Welche Art der Beziehung herrscht zwischen der objektiven wirtschaftlichen Entwicklung, der Einschätzung der Wirtschaftslage und der Popularität der Parteien: Unabhängigkeit, Scheinunabhängigkeit oder kausale Beziehung? Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1982. S. 222–256 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Klingemann, H.-D.*, 1973: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 227–256.
- Klingemann, H.-D./Taylor, C. L.*, 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 301–347.
- Norpoth, H./Yantek, T.*, 1983: Von Adenauer bis Schmidt: Wirtschaftslage und Kanzlerpopularität. S. 198–221 in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Opladen.
- Rattinger, H.*, 1980: *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- Rattinger, H./Puschner, W.*, 1981: *Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik: Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980*. *Politische Vierteljahresschrift* 22: 264–286.
- Roth, D.*, 1973: *Ökonomische Variablen und Wahlverhalten: Eine empirische Untersuchung zur Validität von Einschätzungsfragen*. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 257–274.